

Transatlantische Beziehungen

Stephan Bierling

Vor dem Irakkrieg im Frühjahr 2003 erreichten die transatlantischen Beziehungen ihren tiefsten Punkt seit dem Zweiten Weltkrieg. Seitdem bemühen sich beide Seiten um eine Deeskalation ihres Streits. Allerdings sind die Wunden der Auseinandersetzung zu frisch, ist die Sicht der weltpolitischen Lage und konkreter Konflikte zu unterschiedlich, haben sich die politischen Kulturen zu weit voneinander entfernt, als dass von einer grundsätzlichen Erholung im europäisch-amerikanischen Verhältnis gesprochen werden kann. Während nach der Ost-Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 13 der nun 25 Mitglieder an der Stabilisierung des Irak mitarbeiten und die US-Politik unterstützen, bleiben insbesondere die französisch-amerikanischen, aber auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen belastet. Das Verhältnis zwischen Washington und Berlin wird aber entscheidend für die künftige Entwicklung der transatlantischen Beziehungen sein, war die Bundesrepublik doch traditionell der bedeutendste amerikanische Verbündete in Europa und wichtigstes Gegengewicht zu Frankreich.

Der Irak als Katalysator der atlantischen Krise

Der amerikanische Präsident George W. Bush hatte den Krieg gegen den Irak mit wechselnden Argumenten gerechtfertigt, von denen er aber zwei immer wieder anführte: Erstens sei Bagdad seiner vom UN-Sicherheitsrat letztmals in Resolution 1441 ultimativ verhängten Auflage nicht nachgekommen, seine Waffenvernichtungsprogramme offen zu legen, und stelle deshalb eine direkte Bedrohung dar. Zweitens erlaube die Entmachtung Saddam Husseins den Aufbau einer stabilen demokratischen Ordnung im Irak, die positiv auf die Region und den israelisch-palästinensischen Konflikt ausstrahlen und dem islamischen Fundamentalismus den Nährboden entziehen werde. Mehrere westeuropäische Staaten, darunter Frankreich und die Bundesrepublik, hielten diese Argumente für keinen ausreichenden Kriegsgrund. Nirgendwo war die gegensätzliche Beurteilung offener zu Tage getreten als bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2003. Bundesaußenminister Joschka Fischer hielt US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der die Gründe für ein gewaltsames Vorgehen gegen den Irak auflistete, dort entgegen: „Sorry, I'm not convinced.“¹

Nach dem Ende des Irakkriegs bemühten sich beide Seiten um Schadensbegrenzung.² Schon in einer Rede an der University of Princeton betonte Fischer am 19. November 2003 die Gemeinsamkeiten mit den USA: „Europa und Amerika sitzen in ihrem Kampf gegen die neue Bedrohung im gleichen Boot, denn wir wollen das Gleiche verteidigen: die Bewahrung der Freiheit und der Sicherheit für ihre Bürger, Sicherung unserer offenen

1 Zit. nach Steffen Hebestreit: Applaus? Fehlanzeige. Mit alten Argumenten, aber neuer Leidenschaft argumentiert Joschka Fischer bei der Sicherheitskonferenz, in: Frankfurter Rundschau, 10.2.2003, S. 3.

2 Richard Bernstein: U.S.-German relations: Back to normal?, in: International Herald Tribune, 4.5.2004, S. 2.

Demokratien und der Menschenrechte.⁴³ Bei seiner Rede vor der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2004 wiederholte der Bundesaußenminister, dass der islamische Terrorismus eine gemeinsame Bedrohung darstelle und man sich in der Irakpolitik mit den USA nicht über die Strategie, sondern nur über die Taktik uneins gewesen sei. Dieser konzeptionelle Grundkonsens fand Ausdruck auch in der neuen Sicherheitsdoktrin „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, die der Europäische Rat im Dezember 2003 verkündete. Selbst auf der persönlichen Ebene entspannte sich der Streit: Am 27. Februar 2004 kamen Bush und Bundeskanzler Gerhard Schröder zum ersten Mal seit dem Frühsommer 2002 wieder zu einem Gespräch unter vier Augen zusammen und präsentierten anschließend eine gemeinsame Erklärung über die Fundamente der deutsch-amerikanischen Beziehungen.⁴ Bei seinem Deutschlandbesuch Ende März 2004 beschwor US-Außenminister Colin Powell die durch Kultur und Werte verankerten Gemeinsamkeiten und lobte insbesondere das deutsche Engagement in Afghanistan und im Nahen Osten.⁵ Auch näherten sich die USA und die europäischen Staaten bei der Behandlung des iranischen Atomprogramms an und kooperieren in der „Proliferation Security Initiative“ (PSI). Nicht abschließend geklärt ist allerdings, wie die Verstöße Teherans gegen die Auflagen des Atomwaffensperrvertrags einzuschätzen und zu beantworten sind.

Insgesamt können die demonstrativen rhetorischen, symbolischen und praktischen Harmoniebezeugungen des vergangenen Jahres aber den transatlantischen Dissens in der Frage nicht überdecken, wie Sicherheit in der Welt des 21. Jahrhunderts zu gewährleisten ist: Michael Rühle hat zurecht darauf hingewiesen, dass die Europäer nach wie vor mehrheitlich in den Kategorien des ersten Kernwaffenzeitalters denken, in denen Sicherheit durch Kontrollregime und Abrüstung zu gewährleisten ist. Die Amerikaner hingegen handeln nach den Kategorien des zweiten Kernwaffenzeitalters, in dem Sicherheit durch Heimatverteidigung, Raketenabwehr, militärische Präemption und gewaltsame Regimewechsel sichergestellt wird.⁶ Dieser Konflikt ist mehr als nur einer über die Taktik, wie Fischer meint. Auch ist er nicht primär eine Folge des dominierenden Einflusses der Neokonservativen in der amerikanischen Außenpolitik in den Jahren 2002 und 2003, wie G. John Ikenberry argumentiert.⁷ Vielmehr spiegelt der Streit die unterschiedliche Perzeption der Gefahren, die vom islamistischen Terrorismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen ausgehen, sowie das jeweilige Selbstverständnis von der eigenen Rolle in der Welt. Liest man etwa in der EU-Sicherheitsstrategie nicht nur die Passagen, in denen die Gefahren für den Westen beschrieben werden, sondern auch jene über mögliche Antworten, so zeigen sich gravierende Unterschiede zu den USA: Brüssel will die multilateralen Instrumente stärken und setzt dabei insbesondere auf die UNO; präferiert werden die politische und ökonomische Konflikt-Prävention, militärische Aktionen gelten nur als allerletztes Mittel; das Konzept der Präemption, das im Entwurf des Hohen Vertreters für die GASP, Javier Solana, noch gestanden hatte, wurde gestrichen. Damit unterscheidet sich die europäische Sicherheitsstrategie markant von der amerikanischen, die Ende 2002 ver-

3 „Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen“ – Rede von Bundesaußenminister Fischer an der Princeton University am 19. November 2003. http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/presse/presse_archiv?archiv_id=5116.

4 „Schröder und Bush einträchtig im Weißen Haus“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.2.2004, S. 2.

5 Colin Powell: Gemeinsame Grundsätze. Die transatlantischen Beziehungen sind besser als ihr Ruf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.3.2004, S. 10.

6 Michael Rühle: Das zweite Kernwaffenzeitalter; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.2.2004.

7 G. John Ikenberry: The End of the Neo-Conservative Moment, in: Survival, Vol. 46/No. 1 (Spring 2004), S. 7-22.

öffentlich wurde, und unilaterale und präemptive Aktionen vorsieht. Es steht deshalb nicht zu erwarten, dass sich dieser fundamentale Dissens bei einem Regierungswechsel in Washington, Paris oder Berlin verflüchtigen würde.

Konflikte zeichnen sich auch in konkreten Fragen ab, etwa über die Rolle der NATO, wenn wie vereinbart eine EU-Truppe ab Dezember 2004 die Verantwortung in Bosnien-Herzegowina übernimmt und aus Sfor Eufor wird. Die von Bush lancierte „Greater Middle East Initiative“ begleiten die Europäer mit erheblicher Skepsis. Umgekehrt stößt die Absicht der EU, das 1989 verhängte Waffenembargo gegen China aufzuheben, auf Bedenken der US-Regierung. Zudem geraten die Europäer bei ihren Bemühungen um ein stärkeres weltpolitisches Engagement schnell an ihre materiellen Grenzen. Zwar demonstrierte die EU mit ihren militärischen Missionen im Kongo, in der Elfenbeinküste und in Osttimor zunehmende Bereitschaft zur Übernahme globaler Verantwortung, aber angesichts der stagnierenden Verteidigungsausgaben, der geringen Integration der europäischen Streitkräfte und der militärtechnologischen Rückständigkeit sind größere Operationen noch immer unmöglich. Gleichzeitig bekämpfen die USA alle Einigungsbestrebungen, die auf eine europäische Gegenmachtbildung und das Entstehen eines weltpolitischen Rivalen hinauslaufen. So sprach man in der US-Regierung bereits davon, die traditionelle Politik der Unterstützung der europäischen Integration durch eine Politik der „dis-association“, des „Auseinanderbringens“, der Europäer zu ersetzen. Bush selbst hat bei seinem Besuch Großbritanniens im November 2003 Blair aufgefordert, sich der Schaffung eines europäischen „Superstaats“ zu widersetzen.⁸ Mit der Abwahl der konservativen Regierung in Spanien im März 2004 und den innenpolitischen Schwierigkeiten des britischen Premierministers kann die US-Regierung jedoch nicht mehr auf ihre beiden wichtigsten Pfeiler in der EU während des Irakkriegs bauen. Auch in anderen europäischen Staaten schwindet angesichts der negativen Stimmung der Bevölkerung gegenüber den USA die Bereitschaft der Regierenden, Washington zur Seite zu stehen.

Kulturelle Unterschiede und Stereotype

Auch in zentralen Kultur- und Wertefragen gehen beide Seiten des Atlantiks getrennte Wege. Man kann mittlerweile von zwei deutlich zu unterscheidenden politischen Kulturen in der Alten und der Neuen Welt sprechen. Untermauert wird die Existenz dieser Unterschiede etwa von der „World Values Survey“, mit der die University of Michigan unter anderem die „traditionellen Werte“ von Gesellschaften misst.⁹ Die Erhebungen zeigen, dass für US-Bürger Patriotismus, Religion und Familienbindungen von hoher und wachsender Bedeutung sind. 80 % sind „sehr stolz“ darauf, Amerikaner zu sein, fast 60 % geben an, dass die Religion eine „sehr wichtige Rolle“ in ihrem Leben spielt. Amerikaner sind also „Traditionalisten“ im Werte-Spektrum. Am anderen Ende des Spektrums finden sich die Vertreter „säkular-rationaler“ Werte, für die Religion, Patriotismus und Familie eine geringere Bedeutung haben. Die meisten Europäer fallen in diese Kategorie. Nur 50% der Briten, 35% der Italiener und 18% der Deutschen sind „sehr stolz“ auf ihr Land, nur für 33% der Briten, 21% der Deutschen und 12% der Franzosen spielt Religion eine „sehr

8 Zit. nach David Fontana: Bush Is Wrong to Oppose EU „Statehood“; in: Los Angeles Times, 27.11.2003, S. B13.

9 „Us versus us. American Values Divide as Well as Define the Country“, in: The Economist. A Survey of America, 8.11.2003, S. 8-12, hier S. 9. Siehe auch Brian C. Anderson: Secular Europe, religious America, in: Public Interest (Spring 2004), S. 143-159.

wichtige Rolle“ in ihrem Leben. Diese Unterschiede zwischen den USA und Europa sind insofern erstaunlich, als dass beide Seiten des Atlantiks ähnliche ökonomische Entwicklungen genommen haben in den letzten 50 Jahren. Während die Europäer mit wachsendem Wohlstand jedoch weltlicher und weniger patriotisch geworden sind, trifft für die Amerikaner das Gegenteil zu.

Diese Unterschiede in Wertefragen finden Ausdruck etwa in den Dissonanzen über die Todesstrafe, den Internationalen Strafgerichtshof, den Umweltschutz, genetisch veränderte Lebensmittel und die Behandlung der Gefangenen in Guatanamo, aber auch in einer allgemeinen Haltung gegenüber der eigenen Rolle in der Welt und dem Einsatz von militärischer Gewalt. Zusammen mit dem in Europa weit verbreiteten Gefühl, die USA hätten die Legitimität ihrer weltpolitischen Führungsrolle mit dem Irakkrieg endgültig verloren, verleihen sie antiamerikanischen Stimmungen Auftrieb. So ergab eine im November 2003 veröffentlichte Umfrage des Eurobarometer, dass 68% der Europäer (u.a. 96% in Griechenland, 81% in Frankreich, 72% in Deutschland, 51% in Großbritannien) den Irakkrieg für ungerechtfertigt hielten. Mehr als doppelt so viele Bürger (25% zu 11%) wollen die außenpolitischen Bindungen der EU zu den USA eher reduzieren als verstärken. Bei der Frage, von welchem Land die größte Bedrohung für den Weltfrieden ausgehe, landeten die USA zusammen mit dem Iran und Nordkorea mit 53% nach Israel (59%) auf Platz 2.¹⁰ Dieser markante Vertrauens- und Ansehensverlust der Vereinigten Staaten in Europa und der Welt, der auch von anderen Umfragen bestätigt wird, erhielt durch die Veröffentlichung von Bildern über die Misshandlungen und Folterungen irakischer Kriegsgefangener durch US-Soldaten Anfang Mai 2004 weiteren Auftrieb. In einem solchen Meinungsklima erreichen die wissenschaftlichen Kriterien nicht Stand haltender Bücher des leidenschaftlichen Bush-Kritikers Michael Moore in Europa und insbesondere in Deutschland Kult-Status und riesige Verkaufszahlen. Rationale, durch Fakten gestützte Kritik an der Politik der Bush-Administration wird in einem solchen Umfeld meist von antiamerikanischen Stereotypen überdeckt. Es dürfte wohl einen Regierungswechsel in Washington und viele Jahre neuer vertrauensvoller transatlantischer Zusammenarbeit erfordern, um die Debatte zu entemotionalisieren und eine Trendwende in der europäischen Beurteilung der US-Politik einzuleiten.

Die Wirtschaftsbeziehungen

Von der Wirtschaft kamen kaum Anstöße zur Überwindung der Krise. Die 2001 in Doha lancierte Handelsrunde der WTO endete im September 2003 bei der Ministerkonferenz im mexikanischen Cancun ergebnislos, als neue handelspolitische Schwergewichte wie Brasilien und Indien einen gemeinsamen amerikanisch-europäischen Reformvorschlag für den Agrarbereich als nicht ausreichend zurückwiesen. Erst im Februar 2004 wurden die Verhandlungen wieder formal aufgenommen. Nach Angeboten aus Brüssel und Washington, die Subventionen für ihre Agrarexporte und die Unterstützungszahlungen an die heimischen Landwirte zu reduzieren, und einem Gegenvorschlag der „Gruppe der 20“ (G-20) zeichnet sich im Vorfeld der nächsten Verhandlungen im Juli 2004 indes die Möglichkeit

¹⁰ Katja Ridderbusch: Laut Umfragen sehen EU-Bürger in Israel die größte Gefahr für den Weltfrieden, in: Die Welt, 4.11.2003. Der vollständige Bericht der EU ist in englischer Sprache mit englisch-französischen Tabellen erschienen und heißt: IRAQ and PEACE IN THE WORLD. FLASH EUROBAROMETER 151. Realised by EOS Gallup Europe upon the request of the European Commission. November 2003, S. 109. http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl151_iraq_full_report.pdf.

eines Kompromisses ab.¹¹ In anderen wirtschaftlichen Fragen wie etwa dem „Open skies“-Abkommen für die kommerzielle Luftfahrt zwischen der EU und den USA liegen die Positionen wegen der europäischen Kabotage-Forderungen allerdings weit auseinander.¹² Am 1. März 2004 verhängte die Union sogar erstmals in der Geschichte Handelsstrafmaßnahmen gegen amerikanische Produkte, um Washington zur Rücknahme von Steuervorteilen für Exporte von US-Unternehmen (Foreign Sales Corporations = FSCs) zu bewegen, die die WTO 2002 als unrechtmäßig verurteilt hatte. Der US-Kongress leitete daraufhin erste Schritte zur Änderung der beanstandeten Praxis ein. Andere Streitpunkte konnten dagegen beigelegt werden: In der Frage der Weitergabe persönlicher Daten von Flugpassagieren, die von den USA nach den Terroranschlägen von 2001 gefordert wurde, lenkten Kommission und Ministerrat trotz vehementer Proteste des Europäischen Parlaments Mitte Mai 2004 ein. Auch erlaubte die Union zur gleichen Zeit erstmals seit mehreren Jahren wieder den Anbau eines gentechnisch veränderten Agrarprodukts. Mit Sorge verfolgten die Europäer dagegen den Verfall des US-Dollar, der gegenüber dem Euro von Mitte 2003 bis Mitte 2004 von 1,10 auf 1,20, zeitweise sogar auf 1,30 absackte. Der Anstieg des Euro erschwert nämlich Exporte in den Dollar-Raum (viele Währungen in Lateinamerika, Asien und dem Nahen Osten sind an die US-Währung gekoppelt) und dämpft damit das ohnehin schwache wirtschaftliche Wachstum im Eurogebiet weiter. Da die USA aber an einem schwachen Dollar interessiert sind, um ihre Exporte anzukurbeln und das riesige Handelsbilanzdefizit abzubauen, steht eine dauerhafte Erholung des Greenback nicht zu erwarten.

Ausblick

Trotz einer gewissen Entspannung zwischen den USA und Europa zeichnet sich keine Neubegründung der transatlantischen Partnerschaft ab. Zwar konnten die beiden Seiten ihre Lust an der Destruktion des Verhältnisses eindämmen, wie sie wie im „annus horribilis“ vom Sommer 2002 bis zum Sommer 2003 praktiziert wurde, zumal mit der Osterweiterung die prinzipiell pro-amerikanischen Staaten in der EU nun die Mehrheit bilden. Aber die kulturellen, sozialen, demographischen und wirtschaftlichen Trends sind zu gegenläufig, als dass sich eine dauerhafte gleichberechtigte Zusammenarbeit entwickeln könnte. Im Gegenteil, in allen diesen Bereichen driften die USA und die EU-Länder immer weiter auseinander. Vor allem die ökonomische Stagnation und militärische Schwäche Kontinentaleuropas wird dessen Fähigkeit und Bereitschaft zu weltpolitischem Engagement dauerhaft begrenzen. Vorschläge wie die des amerikanischen Publizisten Robert Kagan, die NATO zum Dreh- und Angelpunkt einer Wiederbelebung der transatlantischen Partnerschaft zu machen, dürften angesichts dieses Umstands nur geringe Realisierungschancen haben. Die transatlantische Entfremdung geht über den Irak-Krieg und die Politik der Bush-Administration hinaus. Die europäisch-amerikanische Entspannung seit dem Sommer 2003 dürfte deshalb nur ein vorübergehendes Phänomen sein.

¹¹ Liz Alderman: Progress is seen on resuming WTO talks, in: IHT, 15./16.5.2004, S. 1/7.

¹² Matthew L. Wald: EU talks of ending air pacts with U.S., in: IHT, 12.5.2004, S. 11.

¹³ Robert Kagan: A Tougher War For the U.S. Is One of Legitimacy, in: New York Times, 24.1.2004, S. A17/A19.

Weiterführende Literatur

- Alyson J.K. Bailes: The Institutional Reform of ESDP and Post-Prague NATO, in: The International Spectator, Vol. 38/No. 3 (July/September 2003), S. 31-46.
- Stephan Bierling: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik seit 1917, München 2003.
- Philip Gordon / Jeremy Shapiro: Allies At War. America, Europe and the Crisis Over Iraq, Washington D.C. 2004.
- Daniel Hamilton / Joseph Quinlan: Partners in Prosperity. The Changing Geography of the Transatlantic Economy, Washington D.C. 2004.
- Jolyon Howorth: France, Britain and the Euro-Atlantic Crisis, in: Survival, Vol. 45/No. 4 (Winter 2003/04), S. 173-192.
- Robert Kagan: Of Paradise and Power, New York 2003.
- Klaus Larres: Mutual Incomprehension. US-German Value Gaps Beyond Iraq, in: The Washington Quarterly, Vol. 26/No. 2 (Spring 2003), S. 23-42.
- Harald Müller: Das transatlantische Risiko. Deutungen des amerikanisch-europäischen Weltordnungskonflikts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 19.1.2004, S. 7-17.
- Elisabeth Pond: Friendly Fire – the Near Death of the Transatlantic Alliance, Washington D.C. 2004.
- dies.: Frühlings Erwachen. Die USA und Europa rücken näher zusammen, in: Internationale Politik, 59/4 (April 2004), S. 69-74.
- Jürgen Schuster: Das „alte und das „neue“ Europa: Die Reaktionen der europäischen Länder auf die amerikanische Irakpolitik. Ein Vergleich dreier Erklärungsansätze, Hamburg 2004. (= Regensburger Schriften zur Auswärtigen Politik, Bd. 4).
- William Shawcross: Allies. The U.S., Britain, and Europe in the Aftermath of the Iraq War, New York 2004.
- Christian Strobel: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen unter der Regierung Schröder/Fischer, unveröffentlichte Magisterarbeit an der Universität Regensburg, 2003.
- James Thomson: US Interests and the Fate of the Alliance, in: Survival, Vol. 45/No. 4 (Winter 2003-04), S. 207-220.
- Irwin M. Wall: The French-American War Over Iraq, in: The Brown Journal of World Affairs, Vol. X/No. 2 (Winter/Spring 2004), S. 123-139.